

**Erbschaft** (Hilfs-  
nachlass) mit Restanten  
der Ehe- u. Verträge.

**Monumentpreis**  
monatlich 60 Pfg.  
vierteljährlich 1.50 Mk.  
jährlich 6.00 Mk.  
Durch die Post bezogen  
1.00 Mk. incl. Postgeb.

**„Die Neue Welt“**  
(Hilfsnachlass),  
durch die Post nicht möglich,  
kostet monatlich 10 Pfg.,  
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.  
Galgamm-Briefe:  
Vollständig. Halbjährl.

# Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

**Inserionsgebühr**  
betragt für die erste Spalte  
einer Zeile des Tagesblattes  
30 Pfg., für Wohnungs-  
partien, Anzeigen, Anzeigen-  
entwerfungen 40 Pfg.  
In besonderen Fällen  
kann die Rate 75 Pfg. betragen.

**Inserate**  
für die ersten Nummer  
müssen spätestens bis zum  
Mittwoch 10 Uhr in der  
Expedition eingehen.

Eintragung in die  
Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Reitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geisstr. 21. Hof 2 Cr.      Redaktion: Geisstr. 21. Hof 2 Cr.

## Proletariat im Schulstrolch.

Daß die Befolgung der preussischen Volksschul-Verordnung völlig unzureichend ist und in traurigen Minderheiten steht zu den schonen Worten von dem Wohlwollen, das die herrschenden Gewalten angeblich den Bildungs-Institutionen des Volkes entgegenbringen, ist eine Tatsache, die nicht mehr bestritten werden kann. Denn man den Volksschullehrern auch nicht mehr summiert, in der Erste jedes Wochen auf Tagelohn zu geben, wie es in einer Verfügung Friedrich Wilhelms I. geschieht, wenn man einem Lehrer auch nicht mehr gestattet, Brauntüchlein zu sein, damit er sein Leben fristen könne, wie dies vor 100 Jahren noch in Leipzig der Fall war, wenn man einem Lehrer auch nicht mehr des Anjames stellt, sich durch Töschheit einen Neuenberdienst zu erwerben, was um 1840 noch in Hannover gebräuchlich war, wenn man einem Lehrer auch nicht mehr wie vor 150 Jahren in Altona bei Giesien das Recht einräumt, in der ganzen Umgegend betteln zu gehen, und wenn es schließlich wohl nicht mehr vorkommt, daß ein Lehrer seine Schulleute mit der eines Radfahrers verwechselt, weil diese einträglicher ist — so bleibt doch immer noch genug an Entbehrung, Wehrlosigkeit, Not und Armut übrig, um es zu rechtfertigen, wenn man den Proletariat in der Schule nicht sieht. Man braucht sich zum Beweise dafür keineswegs auf einen Arzt in Schlei zu beziehen, der auf den Totenstand eines mit 570 Mk. Jahresgehalt besoldeten Gemeinen Lehrers (Lehrer?) auch nicht auf den sonstigen Fall in Altit, wo für Wartung und Pflege des Postpferdes 725 Mk. an Gehalt für einen Lehrer oder nur 540 Mk. ausbezahlt wurden. Von der Trübsal des preussischen Herrenhauses herab hat 1895 kein Geringerer als der damalige preussische Kultusminister Hofe in der Begründung zu dem Entwurfe des Lehrer-Beholdungsgesetzes erklärt, daß es in Preußen noch 400 bis 500 Schulleute gebe, die nicht höher als mit 540 Mk. besoldet seien, und wörtlich fügte er hinzu: „Durch Zufall bin ich in die Lage gekommen, den Etat eines jenseits, sehr verhältnismäßig, besoldeten Lehrers zu sehen; das dem ergab es sich, daß der Mann nicht in der Lage war, sich seinen gerechten Lohn durch einen neuen zu ersetzen.“

sondern zum Teil in Naturalien geleistet werden. Mit einer an Fehlsicht grenzenden Missachtung der berechtigten Forderungen der Lehrerschaft erklärte ein Vertreter der Junkerzeit 1897 im Abgeordnetentage, daß die Lehrer sich ansehnlicher Vorteile zu erfreuen hätten und durch die ihnen regelmäßig gebotene Gelegenheit zur Erteilung von Privat-Unterricht usw. sich Nebenverdiensten verschaffen könnten.“ Ob die „unberechtigten Vorteile“ darin bestehen sollen, daß die Landarbeiter — wie es in Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen vielfach geschieht — dem Junten bei der Bewässerung, der Karrefortifikation, der Jagd, der Pferdemanagement usw. beschäftigt sein können, wurde das viertens nicht ausgesprochen, Tatsache aber ist, daß der oben. Behauptungen bei Befolgung des Gehaltes der Lehrer mit in Rechnung gesetzt wurde.

Dies kennzeichnet die Einschätzung, die der Lehrerschaft in jenen Kreisen zu teil wird: Männer, die im Dienste eines der schwierigsten und verantwortungsvollsten Berufe stehen, allen noch Zeit genug zu Nebenbeschäftigungen finden, weil eine fürsichtige, rücksichtlose Bekämpfung es fertig bringt, ihnen für ihre Berufsarbeit jämmerliche Löhne zu zahlen.

Unter Nebenbeschäftigung ist nach einer Verfügung der Regierung zu Schlesien jedes außerhalb des amtlichen Berufes liegende, ohne Entschädigung dauernd übernommene Beschäftigung“ zu verstehen. Da infolge der bereits fixierten traurigen Gehaltsverhältnisse eine große Anzahl der vertriebsfähigen Lehrkräfte und Nebenbeschäftigungen von Volksschullehrern ausgeübt wird, hat sich der Kreisrat-Inspektor Körnig in Hagen i. W. veranlaßt gefühlt, die ganze Frage in einer Vorlesung\*) zu behandeln und nach allen Seiten hin zu beleuchten. Das Schriftchen soll nicht allein eine gründliche Einführung in die für die Nebenbeschäftigungen der Volksschullehrer geltenden gesetzlichen Bestimmungen, auch seine bloße Aufzählung der Formen und Arten dieser Neben- und Beschäftigungen sein, sondern soll namentlich, wie der Inhalt zeigt, einen Beitrag zur formalen Stellung der Volksschullehrer“ bilden. Demnach behandelt der Verfasser nachstehende folgende Kapitel: Zunächst die Rechtslage, in der er die gesetzliche Regelung der Nebenbeschäftigung durch die Kabinettsordre von 1839 und die Jubiläumsgesetze für die Erteilung der Genehmigung unterliegt, dann die Bestimmungen über die Einholung und die Grundzüge für die Erteilung der Genehmigung, hierauf führt er die Nebenämter auf, von denen die Lehrer durch gesetzliche Vorschriften aus-

geschlossen sind: Amt eines Stadterordneten (mit Ausnahme der Provinz Hannover), eines Magistratsmitgliedes, eines Gemeindevorsteheres, eines Kreis-Ausschußmitgliedes, eines Schöffen, Geschworenen und Mitgliedes des Wahlprüfungsgerichts. Keiner Genehmigung bedarf der Lehrer für das Amt eines Kreis-, Land- oder Reichstagsabgeordneten, Kirchen-Räte und Kirchenvorsteher. Weiter darf die Bewerbstätigung der Dienstgrundstücke ohne besondere Genehmigung erfolgen, eine Ausnahme, die für die vorläufige Lage der Lehrer nicht ohne Bedeutung ist. Nach dem Ertrag der Lehrer-Beholdungsgesetzes vom 3. März 1897 wird dem Lehrer der Ertrag der Landnutzung auf das Grundbesitz in Anrechnung gebracht; er muß das Dienstland bestellen, will er des daraus sich ergebenden Einkommens nicht verlustig gehen. Der Schulvorstand ist sogar berechtigt, ihn zur Vornahme der Arbeitserfüllung aufzufordern und — falls dies erfolglos ist — den Acker auf des Lehrers Kosten bestellen zu lassen. Als Landwirt macht der Lehrer in der Regel trübe Erfahrungen, da ihm meist sowohl die landwirtschaftlichen Kenntnisse als auch Wirtschaftskräfte und Arbeitskräfte fehlen. Dies gegeben selbst die Ausführungs-Bestimmungen zum Beholdungsgesetz, so trotzdem ist man es nicht für billig und zweckmäßig erachtet, die Erträge der Dienstlandbesitzer durch entsprechende Erhöhungen des Grundbesitzes abzulösen. Ein Landbesitzer durch das Betreiben von Ackerbau einen Vorteil zu erzielen und will er neben seinem Dienstlande noch andere Ackerflächen bewirtschaften, um dadurch ein geringes Einkommen etwas aufzubringen — flugs ist die Regierung zur Stelle und schiebt seinem Vorhaben einen Riegel vor.

Die schlechte wirtschaftliche Lage hat die Lehrer häufig veranlaßt, in Ermangelung erwachsener Arbeitskräfte sogar Schulstunden bei der Herstellung der Schulgebäude zu leisten. Dem ist jetzt jedoch rechtswidrig durch einen Erlass von 1900 wenigstens etwas vorgebeugt worden, wenn es auch „in Ausnahmefällen“ noch immer zulässig“ ist, daß der Schulbesitzer ein „bergange Haus“ oder „Zehnthaus“ in arbeitsfähiger Weise und gegen Gewährung des ortsüblichen Arbeitslohnes in schulfreier Zeit von Kindern besorgen läßt. Die Erzieher der Jugend als ruhmvoller findlicher Arbeitskraft — Preußen ist wirklich ein Kulturland ersten Ranges! Das zeigt sich auch darin, daß die Regierung selbst auf dem von ihr geschätzten und mit Privilegien, Liebesgaben, usw. überhäufeten Gebiete der Landwirtschaft für wirkliche Kultur-Ausgaben nur wenig oder gar nichts übrig hat. Um die Kultur und Dienstauftrag könnte es in Preußen unendlich besser bestellt sein, wenn sich die Regierung deren Pflege und Förderung annehmen will ließe. Sie begnügt sich damit, daß sie den Landbesitzern „ohne Einholung einer besonderen

Diese landwirtschaftlichen Verhältnisse haben bis heute noch keine wesentliche Veränderung zu Wege gebracht; die gezeigten Verhältnisse der Volksschullehrer sind nach wie vor dieselben. Man braucht sich zum Beweise dafür keineswegs auf einen Arzt in Schlei zu beziehen, der auf den Totenstand eines mit 570 Mk. Jahresgehalt besoldeten Gemeinen Lehrers (Lehrer?) auch nicht auf den sonstigen Fall in Altit, wo für Wartung und Pflege des Postpferdes 725 Mk. an Gehalt für einen Lehrer oder nur 540 Mk. ausbezahlt wurden. Von der Trübsal des preussischen Herrenhauses herab hat 1895 kein Geringerer als der damalige preussische Kultusminister Hofe in der Begründung zu dem Entwurfe des Lehrer-Beholdungsgesetzes erklärt, daß es in Preußen noch 400 bis 500 Schulleute gebe, die nicht höher als mit 540 Mk. besoldet seien, und wörtlich fügte er hinzu: „Durch Zufall bin ich in die Lage gekommen, den Etat eines jenseits, sehr verhältnismäßig, besoldeten Lehrers zu sehen; das dem ergab es sich, daß der Mann nicht in der Lage war, sich seinen gerechten Lohn durch einen neuen zu ersetzen.“

## 2220 000 Mk. werden wöchentlich zur Unterstützung der Streikenden gebraucht.

(Nachdruck verboten.)

### Das Vergessen?

Elisa Rothring 1877—1900.

Roman von Theodore Gabu und Louis Jorek.  
Deutsch von Suzanne Braeutigam-Romane.

Der Gedanke, daß ihre Eltern sie zu verheiraten suchten, ließ Luise nicht zur Ruhe kommen. Sie lebte in belästigender Angst. Das plötzliche Erscheinen dieses ersten Staatskandidaten hatte sie energischer, tatkräftiger machen lassen. Sie hatte daraus gesehen, was sie zu fürchten hatte, jedoch auch gerade aus dieser Tatsache neue Kraft zum Widerstand geschöpft.

Herr Vernois hatte keinen Erfolg gehabt. Stodmann aber verlor nicht so leicht den Mut.

Ein anderer wird unserer Tochter besser gefallen“, sagte Stodmann zu seiner Frau.

Und er zog Grundigungen über die heiratsfähigen jungen Männer ein.

Nach einigen zwischen ihren Eltern gewechselten Worten konnte Luise sicher sein, daß man ihr bald einen neuen, um ihre Hand werbenden Kandidaten vorstellen würde. Diese Mitteilung angelast werden, und vielleicht nicht so viel Erfolg und Gemüthsruhe wie der Parier beizugehen.

Die Zukunft erschien ihr immer und finstler. Sie sah manden Kampf voraus, denn sie war fast entschlossen, jeden neuen Staatskandidat sofort, ohne weitere Überlegung, abzuweilen.

Sie fing sogar davon an, und erinnerte ihre Mutter an den Versuch des jungen Pariers, indem sie zu ihr sagte:

„Ich will noch nicht von Euch gehen, Mutter... Ich bin mit Euch glücklich... Ich habe noch Zeit genug, daß ich mich verheirate.“

Aber, mein Stiebling, wenn wir Dir nun einen Mann vorstellen, der Dir gefällt...“

„Er wird mich nicht gefallen.“

„Du hast mich doch für Herrn Vernois die gleiche Antwort gegeben, und ich, ehe Du ihn kanntest... Denkst Du an

jemand? ... Sage es mir... Dein Vater und ich, Du weißt es wohl, wir wollen nur Dein Glück.“

Luise schwante bei dieser günstigen Gelegenheit, ob sie ihrer Mutter ihr Verzeihungsgesuch schicken sollte; doch war ihr Gedanken nur kurz. Frau Stodmann würde ebenso wie ihr Mann niemals zugeben, daß ihre Tochter einen Deutschen heirate.

Das wäre eine Schande für eine ehrsüchtige Familie!

„Mein, Mutter, ich denke an niemand... gewiß nicht.“

Frau Stodmann drängte nicht weiter, so natürlich erschien ihr der Ton ihrer Tochter, und Luise fuhr fort, für Herrn zu gerufen, sich im Entwerfen von unmöglichen Plänen zu ergehen.

Durch die große Kälte waren die Spaziergänge nach der Gplanade notwendigerweise unterbrochen. Seit mehr als vierzehn Tagen hatte Luise den Offizier nicht wiedergegesehen. Sie fürchtete, verassen zu sein. Dieser Gedanke befiel sie in einem Augenblick gefahrl. In diesem Augenblick ist sie bisher ertrug hatte, den auszuhalten sie hat recht aber entschuldigt. Auf irgend eine Weise mußte sie sich aus ihrer Unruhe und Bekümmern retten.

Sie wollte an Fritz schreiben.

Schon damals nach ihrem Unfall auf dem Gie hatte sie daran gedacht, den Fehler ihres Vaters wieder gut zu machen; diesen wurde der geliebte Brief zu einem ganz kleinen Schritt der Erkenntlichkeit fenden. Die Krankheit des Offiziers, sein Weggang von Weiz hatten diesen verhänglichen Schritt verhindert.

Nest kam Luise auf diesen früheren Schreiber zurück. Aber nach so manden verfliegenen Tagen, nach so vielen beunruhigenden Zeichen, nach so ungeliebten kleinen Geschicklichen wurde der geliebte Brief zu einem ganz anderen Ereignis. Früher wurde eine solche Kühnheit leicht erklärlich gewesen: der schriftliche Ausdruck mußte für einen ganz selbstverständlichen Ausdruck erklärt werden, die berechtigten Gefühle der Dankbarkeit zu übermitteln, da Stodmanns Haß gegen die Deutschen ein freies Ausprechen verhinderte. Jetzt war kein vernünftiger Grund zu einem Briefe vorhanden, der im Gegenteil nur für die Zukunft verhängnisvoll konnte.

Gerade dies verlorde aber eigentlich Luise. Sie entschloß sich sogar, einen höchst gefährlichen Schritt zu wagen: sie

wollte Fritz schreiben, um ihm ihren Versuch zu melden, sie wollte den nahe bevorstehenden Jahrestag ihrer Rettung benennen, um Fritz im geheimen ihre dankbare Erinnerung auszusprechen.

Eines Abends zog sie sich gleich nach dem Essen unter dem Vorwand einer Nägelne in ihr Zimmer zurück. Ehe sie sich an ihren Schreibtisch setzte, legte sie noch ein Holzstück in den Kachelofen, zündete eine kleine, kupferne Lampe an, breitete ein großes, weißes Blatt Papier auf der Schreibtischplatte aus und steckte eine neue Feder in ihren Federhalter. Dann legte sie sich und träumte lange, eingeatmet vom Zusammen und Äußerst des Hauses. Als sie genügend überlegt und nachgedacht hatte, neigte sie sich über ihren Schreibtisch, schrieb einige Worte, zerriß dann, was sie eben geschrieben, schrieb wieder und zerriß abermals die Seite, die ihr nicht gefiel. Dann nahm sie den weißen Lammenschirm weg, setzte ihn durch einen andern, und, als mehr das rote Licht eine hellere Glut anging, füllte sie zwei Seiten, ohne Bedanke an Bort zu verlieren.

Als der Brief fertig war, überlas sie ihn nochmals:

„Mei, den 23. Januar.“

„Mein Herr!“

Wenn ich Ihnen bezeuge, empfinde ich einen wahren Reue, Ihnen nicht zuzulassen zu können, Ihrem Briefe nur durch einstudierte Bewegungen antworten zu dürfen, bei denen es eine wahre Strafe für mich bedeutet, daß ich nicht antwortig sein darf, und daß ich mich gleichzeitig durch die Scham der Lüge entbringe. Deshalb möchte ich Ihnen einmal nur offen lassen, was ich denke, um endlich meiner Verpflichtung gegen Sie nachzukommen. Denn ich liebe Sie, und Sie es, die feindlichen Gefühle meiner Eltern, besonders die meines Vaters. Ich betrachte es als eine Pflicht, meine Unbilligkeit gegen Sie gut zu machen, denn, um mir das Leben zu retten, sind Sie dem Tode nahe gekommen. Seitdem ich in Weiz wohnte, betruß mich dieser Gedanke heftig, wenn Sie mich grüßen. Ich habe viel nachgedacht. Ich finde nur ein Mittel, Ihnen all meine Dankbarkeit auszudrücken: ich werde für Sie eben so viel machen, als Sie für mich taten. Dienstag um vier Uhr werde ich an Ihrer Türe läuten, um Ihnen zu beweisen,





Donnerstag den 9. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Bellevue“, Lindenstr. 78

# grosse öffentl. Protest-Versammlung.

Tagesordnung: **Die Arbeiter im Kampfe gegen Kapital und Absolutismus.** Referent: Reichstags- und Landtags-abgeordneter Eichhorn-Worheim.

Arbeiter, Parteigenossen! Erscheint zahlreich zu dieser Versammlung. Der Referent wird die Ausstände im Ruhrgebiete und Rußland behandeln. Ueberall finden jetzt Protestversammlungen statt, die sich mit dem jetzigen Stande dieser Ausstände befassen. Möge deshalb auch die hiesige Arbeiterschaft zahlreich erscheinen.

**Die Einberufer: W. Lepig, W. Gildenberg.**  
Eintritt 10 Pf. Der Ueberschuß ist für die Auskändigten bestimmt.

**Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S.**  
Sonntag den 12. Februar im „Bellevue“ (zu Gunsten der Vereinte des Ruhrgebietes)  
**Theater-Abend.**  
Zur Aufführung gelangt:  
**Die Juden.**  
Schauspiel in 4 Akten von Eugen Zichow.  
Eintritt: 8 1/2 Uhr. Anfang: 7 1/2 Uhr. Ende: gegen 11 Uhr.  
Mittglieder-Versammlung am Montag den 13. d. M. abends 8 1/2 Uhr im „Kongresshaus“ (Vereins-Angelegenheiten).  
**Großer Projektions-Vortrag** über „Entstehung der Menschheit“ (mit 100 Kleinbildern), des Herrn **Rick, Kaufe-Verlag**, im „Bellevue“.  
Vorabend-Sitzung am 27. d. M. im „Kongresshaus“.  
Bibliothek ist ab 15. d. M. wieder geöffnet.

**Soziald. Verein Trebnitz.**  
Sonntag den 12. Februar nachmittags 3 Uhr im Wöhrerischen Lokal  
**Versammlung.**  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Das Erscheinen der Mitglieder ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung nötig.

**Brunnerts Bellevue.**  
Mittwoch den 8. Februar abends 8 Uhr  
**gr. Elite-Maskenball.**  
Fritz Brunner.  
Clowns haben keinen Zutritt.

Auf vielfachen Wunsch nochmals!  
ob. kleiner Saal. **Halle. Freitag, den 10. Februar, abends 8 1/4 Uhr:**  
Vortrag von **Dir. C. R. Scholz, Zürich** über  
**Selbst-Heilung** von

**Nervenstörungen**  
und deren Folgen.  
durch Suggestion und Willensimpulse etc., neue Methode mit grossem Erfolge bei Schlaflosigkeit, nerv. Kopf-, Magen- und rheum. Schmerzen, Mangel an Energie und Selbstvertrauen, Schwermut, Stottern, Ohren-Gewöhnheiten und deren Folgen, Gedächtnisschwäche etc. etc.  
Eintritt: 1. Platz 1 Mk., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 30 Pf.  
Kassa- und Saalöffnung 7 1/2 Uhr.  
NB. 2 Broschüren mit vollst. Anleitung zur Selbstbehandlung sind zum ermässigten Preise von zus. 1 Mk. an der Kassa zu haben.

**Nur Karl Kochs Nährzwieback**  
Kommt seiner Zusammensetzung und Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher bei Kindern, wenn sie gedehnt sollen, nur **Karl Kochs Nährzwieback.**  
Gerechtigkeitsstr. 1.  
Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

**PALMIN**  
feinste Pflanzenbutter  
unüberhoben zum kochen, braten u. backen. 50% Erparnis gegen Butter!

**Das Arbeiterrecht.**  
Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gemeinlichen Arbeitsvertrag und aus den Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungs-Gesetzen. Unter besonderer Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Mit vielen Beispielen und Formulare für Klagen, Anträge, Beschwerden, Beurteilungen usw. von Arthur Staudinger.  
Komplett in 28 Heften à 20 Pf., gut gebunden 7 M.  
Zu beziehen durch  
**Die Volksbuchhandlung, Geiststr. 21.**

**Nebenverdienst.**  
sehr guten, das ganze Jahr, durch eine Tätigkeit, welche nur leichte, zu Hause ausführende Schreibarbeit bedingt. Ausführl. Mitteilungen beruhen gegen 20 Pf. Briefmarken franco.  
Corona-Verlag, München 8.

**Hausarbeiterinnen**  
für Papierwaren suchen  
Hollbrun & Pinner, Geiststr. 22.  
Telefonstr. 44 kleine Wohnung  
1. April zu vermieten.

**Moden-Zeitungen I. Quart. 1905.**

Die elegante Mode	pro Quartal	1.75 M.
Große Modenzeitung		1.50
Die Modenwelt		1.25
Deutsche Modenzeitung		1.15
Dies Blatt gehört der Hausfrau		1.40
Günstiger Maßgeber		1.15
Große Modenwelt		1.15
Mode und Haus (mit Kolorat.)		1.25
Mode und Haus (ohne Kolorat.)		1.15
Kindergarderobe		0.60
Wäschezeitung		0.60
Große Modenzeitung		0.60
Neue Modenwelt		0.50
Frauen-Zeitung		2.00
Frauenfleiß		0.75
Centralblatt für Moden		0.75
Parifer Moden		1.90
Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die bereits erschienenen Nummern nachgeliefert.		2.50

Neue Bestellungen nehmen zu jeder Zeit entgegen alle Austräger des Volksblattes und **Die Volksbuchhandlung, Geiststr. 21.**

**Streckau, Glück auf.**  
Zu dem am Sonntag d. 12. Febr. stattfindenden  
**Ball**  
des Jugendvereins Streckau markt mit Speisen und Getränken bestens auf Alb. Zansch.

**Möbel.**  
Stets große Gelegenheitskäufe zu  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
vom einfachsten bis elegantesten, ferner  
**Kontor-, Restauration- und Laden-Einrichtungen**  
jeder Art verkauft wie bekannt billig und reell  
**Friedrich Peileke, Geiststr. 25.**  
Zeit. Möbel nehme stets in Zahlung.

**HAUSFRAUEN!**  
Verlangt nur noch  
**TRIUMPH-SEIFENPULVER**  
denn es ist das BESTE.  
Allgemein  
FABRIKANTEN  
VON  
COLNER  
SEIFENPULVER-FABRIK  
AUG. JENESS & CO. H. Z.  
COLNER-EHRENFELD.

**Holzpanzoffeln,**  
Pläsch-, Sammel-, Cord- u. Filzpanzoffeln, Turn-, Filz- u. Brauer-Schuhe  
empfiehlt zu äussersten Fabrikpreisen  
**Fr. Fricko, Mansfelder-Str. 47.**  
Panzoffelfabrik.

Blüsi- u. Stofflosa, starke pol. Bettstellen mit u. ohne Matrasen verkauft billig  
**Max Jungblut, Budenerstr. 31.**  
Eigene Polsterwerkstatt.  
Schneider-Nähmaschine (Ringstiftchen), fast neu, billig zu verk.  
**Rannischstrasse 15, II.**

**Kaufe stets**  
Warenstränge, Kalfenwege, Ladentische, ganze Kadlöge von Wöbeln, Pianinos, Gebirgsstühle usw.  
**Friedrich Peileke, Halle a. S.**  
Geiststr. 25. - Teleph. 2450.  
NB. Kaufe auch stets  
ganze Lager von neuen Wöbeln.

**Broschüren ab. Fransenchutz**  
a. Kataloge, b. Gummiwaren franco gratis u. diskret, geg. 20 Pf. Marke a. versch. H. Verlag, Wehr, Wald.  
Etube an einzelne Pers. ab. verm. Monatl. 5.75 M. Etzq. 1905 v. H. Unterpl. 1. I.

**Stadt-Theater Halle a. S.**  
Direktion: **M. Richards.**  
Mittwoch den 9. Februar 1905:  
142. Abonn.-Vorstell. 2. Viertel.  
Beantentarten giltig.  
Novität! Zum 3. Male! Novität!  
**Die Laute schläft.**  
Romische Oper in 1 Akt von Hector Cremona.  
Operauf.  
Novität! Zum 3. Male! Novität!  
**Der Familiatag.**  
Lustspiel in 3 Akten v. G. Kadelburg.  
Donnerstag den 9. Februar 1905.  
143. Abonn.-Vorstell. 3. Viertel.  
Beantentarten giltig.  
**Cavalleria rusticana.**  
Oper in einem Akt von Pietro Mascagni.  
Vorher:  
**Die Regimentstochter.**  
Romische Oper in 2 Akten von G. Donizetti.

**Neues Theater, Halle a. S.**  
Direktion **E. M. Mauthner.**  
Mittwoch 4 Uhr nachm. Extra-Vorst.  
60, 40, 20 Pf.: Jugend.  
Abends 8: Trauermusik.  
Donnerstag: Der Kilometerrefresher.

**Apollo-Theater.**  
Direktion: **Gustav Poller.**  
**3 Gastspiele:**  
**Lionel Strongfort**  
**Mme. Carma**  
**Die reizenden Liliputaner**  
**Lilly und Max Walter.**  
Lilly 25 Jahre alt, Max 20 Jahre alt.  
Auserdem: Die übrigen  
**7 Elite-Nummern**  
dieses  
**Sensations-Spielplans.**  
Trotz der enormen Kosten der Gastspiele:  
**Keine Preiserböhung!**  
Um gute Plätze zu erlangen und den Andrang an den Abendkassen zu vermeiden, ist besonders auf den **Vorverkauf** im **Apollo-theater**, vorm. 10-11 und nachm. 5-7 Uhr, aufmerksam gemacht.

**Welt-Panorama**  
Unsere schönere Harz.  
Kylhäuser, Stolberg, Bodetal, Okerthal etc.  
**Kaiser-Panorama**  
Italien.  
Bäderheftung zu Ihrem geschickten nach Craniebaum bei Delitzsch.  
Auskunft: **Göbenstr. 11, II.**

**Walhalla-Theater.**  
Inhaber: **Otto Herrmann.**  
Gute  
**Der Stern von Siam.**  
Beispielvoller Erfolg dieser letzten Novität von Paul Linde.

**Schuhmacher-Gebrüder** sucht unter günstigen Bedingungen (Familienanstellung) **Albin Burkhardt, Schuhmachermeister, Krottschan bei Jeth.**

Ein **Edmiedelrichting** kann unter günstigen Bedingungen (Offen od. fort) in die Lehre treten, bei **Oswald Morgner, Schmiedemstr. in Delitzsch.**  
**Morgen Mittwoch**  
**Chacheteff**  
**Oskar Heller**  
Eröffnungsg. 21.  
Telephon 2170.  
**Morgen Mittwoch**  
**Chacheteff**  
Von früh 8 Uhr bis 12 Uhr, 6. Berger, Thomaststr. 2.

Suchen erziehen:  
**Wahrer Jakob 1905**  
Nr. 3.  
Preis 10 Pf.  
Zu beziehen durch alle Austräger und die **Volksbuchhandlung, Geiststr. 21.**

**Sämtl. Parteischriften**  
empfeht  
**Die Volksbuchhandlung.**

**Moderne Landsknechte.**  
Von  
**Ernst Däumig.**  
Erzählungen aus dem Kolonial-Soldatenleben.  
**Verlag der Volksbuchhandlung Halle.**  
In feinsten und spannenden Form wird gegen Militarismus und Kolonialkrieg zu Felde gezogen. Das Buch eignet sich besonders als Geschenk, auch für die reifere Jugend.  
Erscheint in 4 Lieferungen à 20 Pf. Gesamtpreis broschiert 80 Pf., eleg. gebunden 1.25 M.  
Bestellungen nehmen die Volksbuchhandlung, die Expedition u. die Austräger dieses Blattes, sowie jeder Kolporteur entgegen.

**Nachruf.**  
Unserem Kollegen, dem Bildhauer  
**Adolf Oertel,**  
welcher am Freitag abend plötzlich und unerwartet verstorben, rufen wir ein Ruhe sanft nach.  
Ruhet in ihm die Erde!  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Schkenditz.

**Naumburg.**  
Sonntag abends 7 Uhr berichtet unser treuer Kollege  
**Franz Reissweck**  
in seinem 45. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
**Zentralverband der Maurer**  
Zweigverein Naumburg.  
Beerdigung findet Mittwoch 2 Uhr vom neuen Friedhof aus statt.

**Todes-Anzeige.**  
Monta früh erwidelt sanft und unerwartet unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Wittwe  
**Alwine Leisinger** geb. Brosch im Alter von 74 Lebensjahren.  
Dieses zeigen tiefbetrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause statt.



müßten doch die Städte, in denen keine Volkshandlung besteht, wenigstens unvollständig sein als die Städte mit Volkshandlung. Und unter den letzteren müßten wiederum die mit freier Volkshandlung am vollständigsten sein. Das ist ein Widerspruch, wie es in eine unaufrichtige Politik des Staatsbürgers vorkommt zu wollen, sich wann er im Wirklichen liegen dürfte, freilich könne jeder schon bis um sehr viel genug getrunken haben, wenn er gegen Abend zum Schoppen geht, aber wenn sich dann einige Freunde bei einem Glase Bier gemüthlich treffen, ist's höchst möglich, daß die Volkshandlung nicht nur nicht lange für keinen Bestand haben dürfte. Da die Cafe-Neuarbeit die ganze Nacht offen bleiben dürfte, freilich könne die Polizei nur die Gäste zu, die sonst bei anderen Orten noch ein Glas Bier trinken würden. Verzeihen darf auch nicht werden, daß die Volkshandlung schon gar manchen von uns schon als Fehler als Fehler empfunden wird. Denn wenn die Polizei sich nicht um die Volkshandlung kümmert, dann kann sie die Augenblicke mit der Volkshandlung pöden. Solche Mängel darf die Polizei nicht übersehen werden. Sind in einem lokale nur noch einige Gäste in später Stunde anwesend, dann weiß der Wirt allein schon, was er zu tun hat, um sie sich vom Saale zu schaffen. Es muß deshalb grundsätzlich Beseitigung der Volkshandlung, die eine Präventivmaßnahme ist, geordnet werden. Die gleichmäßige Einmischung bis 2 Uhr wäre das allerbeste, was zu verlangen ist.

Das Kollegium stimmt mit Ausnahme einiger „Grillfresser“ dem Beschlusse der Petitionskommission zu. Die Petition wegen Einführung von Licht- und Luftvorkehrungen wird von dem Stadtv. Robert vorgetragen. Mehrer meint, in dem Verlangen nach solchen Vorkehrungen liegt viel Gutes, man wolle aber, da Halle bereits im Süden und im Norden je ein Stadthaus hat, die Petitionsummengen nicht durch die Petition zu vergrößern. Die Kommission, dem Magistrat die Petition als Material zu überreichen.

Stadtv. Krüger weist darauf hin, daß in Halle schon mancher Fortschritt an dem Privatinteresse, dem man notwendig nicht entgegenwirken will, geteilt ist. Vieles schreitet auch an dem Stadtv. Robert vor. Früher werden mühe bei der Ausführung der Petition nicht übersehen werden. Man möge die vorliegende Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung überreichen, aber jedenfalls sehe das Volkshaus vor. Das Vermöge liegt näher als der Hof. Seit 15 Jahren ist im Volkshaus die Halbschale nach heute sind wir keiner Ausbesserung noch nicht näher getreten.

Bürgermeister v. Holln: Wenn die Stadt Fortschritte machen will, da wollen gerade die Freunde nicht bemitleiden, wie bei der Kanalbahnen (Neben bei den Seebädern) Manches andere ist noch viel wichtiger, als Erholungsplätze für heute im Stadthaus. Man möge die Petition als Material zu überreichen. (Stadtv. Thiele: N! N! Wie lang muß denn dann eine lange Nacht sein? Wenn die Vorfragen erledigt sein werden, wird Ihnen eine Vorlage ausgehen.)

Stadtv. Krüger: Mit dem Mangel an Geld arbeitet der Magistrat mit einem Schreiegeißel. Früher wurde einmal vom Magistratstische aus gesagt, es seien 40000 Mark für ein Volkshaus bereits vorhanden. Was nun der Magistrat eine Vorlage bringen, am Besten, das Geld werden wir nicht fehlen lassen. Solche Steuer freilich, wie die Kanalsteuer, beschließen wir nicht. (Stadtv. Thiele: N! N!) Die Erfüllung der Petition nicht weiter fort, als eine Umplanung eines Hauses. Jeder, der schon Luft- und Sonnenbäder genommen habe, wisse, wie vorzüglich sie dem Körper bekommen. — Das Kollegium tritt dem Beschlusse der Petitionskommission bei.

Herr Regier: Der Besizer der beiden Banoranen, muß täglich für jedes derselben 2 Mk. Luftarbeitsteuer zahlen. Seine wiederholten Eingänge an den Magistrat um Ermäßigung sind erfolglos gewesen. Die Petitionskommission hat die Überzeugung, daß das Banorama überhaupt nicht der Besteuerung durch die Luftarbeitsteuer unterliegen sollte, sondern durch die Stadtverordneten. Der Besizer hat dementsprechend einen Bescheid zu lassen. Der Besizer zahlte jährlich 12 Mk. Luftarbeitsteuer, 16 Mk. Gewerbesteuer, aber 1400 Mk. Luftarbeitsteuer (Gehaltssteuer). Seine Einnahmen betragen an manchen Tagen kaum mehr, als drei Mark. Dazu genügt er den Schulden für 3 Banoranen.

Bürgermeister v. Holln gibt zu, daß die Besteuerung im vorliegenden Falle eine gewisse Härte bedeute. Aber die geltende Steuerordnung lasse etwas anderes nicht zu. Er bitte das Kollegium, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überreichen und eine Abänderung der Luftarbeitsteuer dezent zu beantragen. Das für solche Unternehmen die Steuer erhöht wird. Herr Regier habe sich bereits an den Bezirksausschuss gemeldet, aber dieser habe entschieden, daß der Magistrat nach der geltenden Steuerordnung nicht anders handeln könne.

Stadtv. Meyer beantragt, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überreichen. Für die Schulden sei der Besizer der Banoranen jetzt bildend.

Stadtv. Thiele: Den Beschlusse der Petitionskommission halte ich für durchaus richtig. Auch die Luftarbeitsteuer auf solche Unternehmen angewandt werden darf, denn es handelt sich gar nicht um eine Luftarbeit, sondern um einen wissenschaftlichen, künstlerischen oder bildenden Zweck. Das der Besitzersicht anders entschieden hat, kümmert uns nicht. Wir haben freierzeitlicher — die Luftarbeitsteuer geschieden werden. Der Besizer der Banoranen, die Petition solle. Wir können uns nicht vom Bezirksausschuss lassen, wenn wir gewollt haben. Wenn der Besizer 12 Mk. für sein Einkommen und 16 Mk. für sein Gewerbe jährlich Steuer zahlt, aber 1400 Mk. Luftarbeitsteuer, so setzen sich diese Ziffern die ganze Ungeheuerlichkeit der Magistratsanforderung. Ich bitte sehr, die Banoranen, die sich unter dem Kunstlerbild und bildend. Es wäre mir lieb, wenn Stadtv. Brendel seine Ansicht äußern wollte. Das hat Herr Brendel nicht getan, obwohl er anwesend war und privatim ich äußerst ansprechend über die Unterstellung der Banoranen unter die Luftarbeitsteuer ausgesprochen hat. Die Petition zur Berücksichtigung zu überreichen, wäre verfehlt. Damit würde mich die Berücksichtigung der Besteuerung an sich anerkennen. Wir müssen vielmehr erklären, daß nach unserer Überzeugung die Besteuerung zu Unrecht erfolgt ist. Der Besizer verlangt seine Luftarbeit, sondern berechtigt ein Gehalt, für das er seine Einkommen und Gewerbesteuer bezahlt. Dadurch, daß er etwas daran verdienen will, wird das Unternehmern nicht in die Lage gesetzt, die Besteuerung zu zahlen. Auch an einer Abänderung der Luftarbeitsteuer-Ordnung liegt mir nichts. Was das Ding lieber bleiben, wie es ist und möglichst bald unter der Zeit seiner Stunden zusammenzuwerden. Ich erwarte dem Magistrat, daß er dem Beschlusse des Kollegiums diesmal Rechnung trägt. Wir können ihn zwar nicht zwingen, aber wir können ihn, wenn's sein will, „einwickeln“.

Bürgermeister v. Holln erwidert, daß Vorwissen nicht zum Gegenstand eines Konfliktes zu machen. Er behauptet wiederholt, die Besteuerung sei zu Recht erfolgt, der Magistrat habe gar nicht anders handeln dürfen.

Herr Prof. Thiele erwidert: Es liegt in der Besteuerung in der Tat eine erhebliche Unbilligkeit, eine Ungeheuerlichkeit vor. Auch ich kann die Entscheidung des Bezirks-Ausschusses nicht als richtig anerkennen. Da Herr Regier durch sein Banorama etwas verdienen will, ist nicht das Charakteristikum für die Besteuerung als Luftarbeit, sonst müßte auch die Besteuerung auf den Besizer der Luftarbeit übertragen werden. Auch auf § 9 kann sich der Magistrat nicht berufen. Danach sollen steuerfrei bleiben Unternehmen, die nur künstlerischen, bildenden oder unterrichtlichen Zweck haben. Der Magistrat legt nun das „N! N!“ aus, als wäre nicht auch ein Gewerbebetriebe nebenher gehen. Man müßte auch das „N! N!“ aus, das außer den anderen bildenden Zwecken nicht auch eine bloße Befähigung erweist wird. Das ist aber bei den Banoranen

nicht der Fall; es wird mir vielmehr beklagt, was Herr Thiele über den hohen künstlerischen Wert der Banoranen gesagt hat. Ich kann nach alledem nur den Beschlusse der Petitionskommission für vollständig forsett erklären.

Stadtv. Grote: Ich kann den vorgelegenen Weg nicht für gangbar bezeichnen. Das Osthaus für die Luftarbeitsteuer darf nicht durchbrochen werden. Sollen Sie den Weg, den Stadtv. Meyer vorgeschlagen hat, gehen, so habe ich nichts dagegen, ich würde mich sehr freuen, daß er das für mich gilt.

Stadtv. Mangert beantragt überhört, daß der Besizer eines Banoranen eine Luftarbeit sei; man möge den Besizer Luftarbeit nicht zu sehr bestrafen.

Bürgermeister v. Holln hält seinen früheren Standpunkt aufrecht, der Besizer nicht oder nochmals, dem Antrage der Petitionskommission beizutreten. Daraus könne keine Rede sein, den Magistrat in einer Sozialfrage davon zu wollen.

Stadtv. Thiele tritt den Ausführungen des Vorlesers bei. Stadtv. Thiele macht darauf aufmerksam, daß Herr v. Holln mit 2 Mk. täglich zu besteuern, daß es sich ja gar nicht im eigentlichen Sinne um ein Banorama handele sondern um fertige Stereoskopen. Wenn Herr Regier den Namen seines Unternehmens ändere, könne ihn überhaupt nicht begehren. Stadtv. Thiele wird der Antrag der Petitionskommission gegen eine große Würdigung abgelehnt und darauf der Antrag zur Berücksichtigung einstimmig angenommen.

Der Etat des Stadt-Theaters erfordert rund 57000 Mk. städtischen Zuschuß für Vermietung und Mischzahlung der Bauarbeiten. Der Jahresbedarf beträgt sich, wiewohl die Stadt ihn zu decken hat, auf 64000 Mk., also um 7000 Mk. über den Etat hinaus und das übrige Personal. Dazu hat die Stadt 28000 Mark Zuschuß zu leisten.

Stadtv. Thiele: Eine mit bekannte Dame wollte ein Billet für 60 Pf. an einer Volksvorstellung haben. Diese Billette waren an der Kasse ausverkauft. Die Dame wurde aber an den Besizer im Theater-Restaurant gewiesen. Sie meinte sich an den Besizer und der Kassier hatte in der Tat ein ganzes Büchlein von Billetts; aber für 60 Pf. wollte er keine verkaufen. (Hört, hört) Das ist ein Mißbrauch, der bestraft werden muß.

Überbürgermeister Staudte: Herr Direktor Richards wird freilich nicht nicht und alles tun, daß solche Vorwissen in Zukunft vermieden werden.

Stadtv. Thiele: Auch ich glaube, daß Herr Richards von solchen Mißbräuchen nicht weiß. Es gibt aber noch andere Uebelstände bei den Volksvorstellungen an rügen. Man sieht die auf den besten Plätzen viele Leute, für welche die billigen Volksvorstellungen nicht eingerichtet worden sind, und die sich hinsetzen können, sonst mußte sie gehen. Man sieht auch zu nehmen darauf, daß die Plätze bis auf den fünften Teil ihres Wertes abbezahlt worden sind, dagegen die Verbilligung auf der Gallerie bei weitem nicht so viel. Auch ist die Veränderung im Verhältnis zum Eintrittspreise für die Gallerie zu teuer. Auf die pro Hundert Mark kann es doch nicht weniger ankommen.

Überbürgermeister Staudte: Die Preis für den vertragmäßig geregelt, da hier ich nicht und alles tun, daß solche Vorwissen das Verlangen des Vorredners, besser situierte Leute sollten sich von den Volksvorstellungen fernhalten, mit dem Grundzüge vom gleichen Recht für alle zusammen? (Neben bei dem Satz.) Das, was der Herr Vorredner erträgt, wird erst kommen, wenn eine andere Staats- und Gesellschaftsordnung da sein wird. (Stadtv. Thiele: N! N!)

Stadtv. Krüger: Ich muß meiner Vermutung darüber Ausdruck geben, in welcher Weise Herr Staudte als Stadtvorredner die Gleichberechtigung ausgedeutet hat. Hier gibt es schon lange eine Sozialdemokratie; Herr Staudte scheint von dieser Bewegung aber wenig gelernt zu haben. Die Arbeiterberechtigung muß hier so ausgedeutet werden, daß den ärmeren Klassen die besten Plätze vorbehalten sind. Wenn die Gelegenheit durch Verbilligung der Plätze gegeben wird, Herrn Staudtes Standpunkt der Gleichberechtigung paßt gerade so ins Museum als Verwerflichkeit wie der Kopf auf der Erde von Bräutigamsbräuten an der Hochzeit. (Stadtv. Thiele: N! N!) Eine Arbeiterfrage wird es jedenfalls nicht gewesen sein, die im Theater-Restaurant im Bilde vor dem Publikum zu sehen. Herr Staudte hat nicht den Ausdruck „Dame“ gebraucht, sondern von einer „Frau“ gesprochen haben. Das ist jene Billette im Theater-Restaurant gibt, macht die Sache noch bedenkllicher; denn Arbeiter wagen sich, möchte man sagen, ins Theater-Restaurant gar nicht hinein. In einigen Städten werden die Billette zu Volksvorstellungen gegen Arbeiterkategorien veräußert. Hier in Halle müssen gewisse Leute wohl erst durch den Arbeiterbewußtsein zurückgehalten werden, den Arbeitern nicht die besten Plätze weggenommen. Im Vorderen sieht man bei Volksvorstellungen häufig Leute, die sich nicht auf den großen Plätzen setzen. Es scheint, als könnten jene Leute nur dann davon abgehalten werden, den Arbeitern die besten Plätze weggenommen. Hier in Halle müssen gewisse Leute wohl erst durch den Arbeiterbewußtsein zurückgehalten werden, den Arbeitern nicht die besten Plätze weggenommen. Im Vorderen sieht man bei Volksvorstellungen häufig Leute, die sich nicht auf den großen Plätzen setzen. Es scheint, als könnten jene Leute nur dann davon abgehalten werden, den Arbeitern die besten Plätze weggenommen.

Der Haushalt für die Vorkosten schließt in der Einnahme mit 54372 Mk. ab. Es finden sich darin die verschiedenen Unternehmungen-rentieren und kleinen, zum Teil aus dem freien Mitteln herabführenden Abgaben, so z. B. „Beratungsbüro“ (112 Mk.), „Kalandararbeiten“ (6875 Mk.) etc. Stadtv. Thiele regt an, daß im nächsten Jahre, wenn die Verapachtung des Marktandanges abläuft, die Stadt die Einfuhrung des Standbades selbst in die Hand nimmt. Der jetzige Pächter zahlte 25 700 Mk. Jahrespauschale. Ohne Zweifel macht er ein vorzügliches Geschäft dabei. Da die Stadt ein „Pachtbühne“ habet — siehe Banorama-Debatte — ist es unangebracht, daß sie jährlich die Tausende einem Privatmann vorziehen läßt. Dazu kommt, daß die eigentliche Arbeit bei Erhebung des Marktandanges ja doch von städtischen Beamten besorgt wird.

Der Besizer zahlen dieses Jahr an die Stadt von der Einnahme 14850 Mk. Da eine Petition wegen der Mißstände im Straßenbauwesen vorliegt, will Mehrer vorerst auf eine Verapachtung derselben verzichten. Anzustand verlangt Mehrer darüber, wie die hiesige Polizei sich habe gehalten können, dem Unternehmer der Reinigungsvorstände auf dem Markt, in der Hauptstadt und im Arbeitsfeld nahe zu legen, er solle seine Volkshilfen mit selbstigen. Die neunteuflige Gebühr von jährlich 10-20 Pf. für einen Schulhalter je nicht zu billigen. Entweder führen diese Straßen der Verkehr, dann soll man sie entfernen lassen; oder sie können nicht, dann soll man sie nicht extra besteuern. Es stehen lassen und zu erhalten, würde recht an den Arbeitern, wenn noch dem man zwar umgibt dürfte, aber dafür bezahlen müßte.

Stadtv. Valger: Der Übernehmer des Marktandanges in eigene Verwaltung sehe ich freundlich gegenüber. Nächstes Jahr wird zu prüfen sein, ob es durchführbar ist. — Die Abgabe für Schauläden ist keine Steuer, sondern eine Unternehmungsgebühr. Stadtv. Thiele: Das ändert doch an der Sache nichts! Die Schauläden werden recht an den Arbeitern, wenn noch dem man zwar umgibt dürfte, aber dafür bezahlen müßte.

Bürgermeister v. Holln und Stadtv. Winter erklären, ihnen sei von dem Verbote, in den offenen Leistungsausschreibungen das Volkshaus nicht mit auszuliegen, nichts bekannt.

Der Haushalt für die Straßenerleuchtung erfordert 285140 Mk. Davon erhalten die städtischen Gasanstalten 191361 Mk., das städtische Elektrizitätswerk 78914 Mk. und die Gasanstalt Gasarbeiten 15835 Mk. Stadtv. Gammert äußert Wünsche betreffs besserer Beleuchtung. Stadtv. Grote teilt mit, daß für die Verapachtung der Stadt bereits weitere Petroleumlizenzen vorgelegen sind.

Der Haushalt für die höhere Mädchenschule wird beabsichtigt. Bei 90500 Mk. Gehaltsbedarf beträgt der jährliche Zuschuß 29000 Mk. (für jede Schülerin 3870 Mk.).

Die städtischen Mittelschulen erfordern bei 41692 Mk. Gehaltsbedarf einen Zuschuß von 281822 Mk. (pro Schüler, deren Zahl 4372 beträgt, 64 Mk.). Die Finanzkommission hat 200 Mk. für Schmelzmittel an unbenutzte Schüler geteilt. — Stadtv. Thiele erwidert, daß die Erhaltung des Bestandes, Stadtv. Gammert schließt sich diesem Beschlusse an. Stadtv. Thiele teilt mit, daß durch Verapachtung der Mittelschule die Volkshilfen zur Armen- und Schul-Verwaltung werde. Es ist anzufragen, daß Herr Dr. Brendel die städtischen Schülerversammlungen, die Verapachtung herabgezogen ist, hat betragen aber immer 50 Mk. Gitter, die es nun irgend erwidern können, schicken ihre Kinder in die Mittelschulen. Das ist für die Volkshilfen nachteilig. Nicht nur die Schüler sondern auch die Lehrer der Mittelschulen halten sich für etwas Besseres als die in den Volkshilfen. Die Verapachtung der Volkshilfen erweitert werden, wird durch faktuelle Aufnahme einer fremden Sprache. Nichts entscheidet zu rügen ist, daß der Magistrat nicht einmal einen Anstoß an den Volkshilfen als Schreiber einstellt, sondern nur solche als Mittelschulen. Das sei eine offizielle Verapachtung unter Volkshilfen, die allerdings den Vergleich mit der Volkshilfen anderer Städte nicht erlauben können, obwohl sich Halle solch eine „Schulhaft“ nennt.

Schulrat Brendel gibt zu, daß die Maßnahme des Magistrats, nur Mittelschüler einzustellen, eine gewisse Härte bedeute, aber die Bestimmung besetzt nun einmal. Wenn für die Volkshilfen nicht nur stark genug, dann ist die Verapachtung gering genug. Auch in den Volkshilfen sei ein sehr gutes Material zu finden.

Vorbesitzer Dittenberger wundert sich, daß Thiele nicht mehr für die Einheitschule eingetreten ist. Wenn einmal die Volkshilfen bestehen, so müßten sie auch einen weitergehenden Lehrplan haben.

Stadtv. Thiele: Mannde Klassen der Volkshilfen haben bis 50, ja über 50 Schüler. Das ist zu viel. 40 Schüler sollten die Höchstzahl sein.

Stadtv. Meyer: Eine Erweiterung des Lehrplanes für die Volkshilfen ist nicht angingig. Im Gegenteil erfordert man die Einführung des Volkshilfen in der Volkshilfen. Das Verhältnis der Lehrer an den Mittel- und den Volkshilfen ist ein ganz kollegiales, von einzelnen Ausnahmen abgesehen.

Stadtv. Krüger tritt für die 200 Mk. ein, da sie ein erster, wenn auch nur schrittweiser Schritt seien auf dem Wege der unangenehmlichen Schmelzmittelierung.

Stadtv. Thiele: Ich habe heute mich um deswillen nicht über die Notwendigkeit der Einheitschule verbreitet, weil ich nur direkt zum Ziel reden wollte. Selbstverständlich bin ich der freiesten Bestimmung der Einheitschule, die allein im Stande ist, das Niveau der Volkshilfsbildung so zu heben, wie wir wünschen. Mindestens sollte bis zum nächsten Jahre, bis wann die Volkshilfen gleichen Lehrplan haben, eine Verbilligung erfolgen.

Unter Ablehnung des Antrages auf Wiedererrichtung der 200 Mk. für die Haushalt genehmigt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Bewilligung von 1000 Mk. für die Familien der trefflichen Arbeitergehilfen wird mit Genehmigung der Antragsteller in nächster Sitzung verhandelt. Darauf Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

## Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Februar.

### Aus dem Stadtvorordnetenratte.

Auch gestern hielten die 1/10 Uhr, als die Sitzung beendet war. Der Schluß bildete die einstimmige Annahme eines Antrages der Finanzkommission, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft bei Erteilung von Auskünften an das Kollegium nur genau die Wahrheit zu sagen. Es wurde nicht die einzige bittere Bille, die der Magistrat gestern zu schicken bekommen hat; aber es mag die bitterste gewesen sein. Berechtigt war der Antrag im hohen Maße. Die Sache wurde im Dezember erörtert. Am Dezember erhielt das Kollegium den Antrag auf Anstellung eines Kriminalkommissars. Es wurden für denselben 2840 Mk. Gehalt gefordert, da er bereits jetzt in Berlin reichlich so viel habe. Das Kollegium lehnte die Anstellung wegen der Gehaltsforderung ab. Darauf hat sich der Bewerber für 2600 Mk. an, und als die Stadtvorordneten auch darauf nicht eingegangen, forderte er 2400 Mk. Das mußte natürlich füglich machen, und Stadtv. Thiele 399 in Berlin Verhandlungen ein. Da stellte sich heraus, daß der Herr jetzt nicht 2840 Mk. bezieht, wie dem Kollegium mitgeteilt worden war, sondern 1500 Mk., wozu noch an Wohnungsgeld, Wohnungszuschuß, Gratifikation u. s. m. 810 bis 870 Mk. kommen, so daß seine Gesamtannahme höchstens 2370 Mk. beträgt. Das Wertwürdigste an der falschen Auskunft: Erteilung ist aber, daß der Berliner Bewerber keine direkte Schuld daran zu treffen sieht. Er hat nur gefordert, 2840 Mk. bei das Kollegium, dann, das er in seiner jetzigen Stelle erreichen würde. Die Verhandlungen mit ihm waren von dem Bewerber Inspector Wendemann geführt worden, und ein Beamter der hiesigen Kriminalpolizei hatte mit dem Bewerber persönlich in Berlin gesprochen. Stadtv. Thiele bereitzte gestern über die Angelegenheit und gab zum Schluß das Urteil eines gestern abwesenden Kollegen über das Verhalten des Magistrats in dieser Sache zum besten. Das Urteil war so überaus dröhnig, daß es zwar die lebhafteste Zustimmung eines großen Teils des Kollegiums fand, den Bewerber aber zu der Bemerkung veranlaßte, wenn Herr Thiele das Urteil als etwas geäußert hätte, würde er einem Ordnungsruf nicht entgangen sein. Herr Staudte hatte schon vor Beginn der heißen Debatte mit den anderen Bescheideten und Unbescheideten die Sitzung verlassen. Herr v. Holln allein „füllte“ die Magistratsbänke. Er beteuerte, er bedauere, er hat, er würde nicht, so viel er konnte, je er drohte zuletzt damit, der Magistrat sei bei der Anstellung nicht an den Beschlusse des Kollegiums gebunden, sondern der Gehalt solle nicht gegen die Gesundheit, die amtliche Tätigkeit oder die persönliche Moralität des Bewerbers werde — es halt ihm alles nichts. Vier sieben Stadtverordnete stimmten für Anstellung, die sieben anderen wußten dafür nicht zu haben. Aber auch die sieben stimmten freudig dem eingangs erwähnten Antrage der Finanzkommission zu.

War die Debatte in der geschlossenen Sitzung der interessanteste Teil der gestrigen Verhandlungen, so sollte es auch vorher nicht an bedeutamen Momenten. Herr Staudte hat sich neuerdings angemeldet, bei geschäftlichen Dispositionen den Stadtvorordneten ungeteilt seinen guten Rat zu erteilen. Auch gestern gelang das zweimal. Gleich zu Anfang beantragte Stadtvorredner Blumentritt, es möchten doch erst die kleinen, schon jetzt mehreren Wochen unerledigt mitgeschleppten Gesandnisse erledigt werden, ehe die Beratung der Haushaltspläne fortgesetzt werde. Herr Staudte hielt es für nötig zu erklären, er habe nichts dagegen, nur möge dann das „geehrte Kollegium mit fleißig und Eifer in der Beratung der Haushaltspläne fortfahren. Das Oberhaupt wird sich gefälligst leisten müssen, wenn ihm bei erster Gelegenheit erklärt wird, daß Herr Staudte nur dafür sorgen, daß im Rathaus überaus, und von jedem



